Agrarsoziale Gesellschaft e. V. · Postfach 1144 · 37001 Göttingen

Kurze Geismarstr. 33
37073 Göttingen

Tel.: 0551/4 97 09 - 0
Fax: 0551/ 4 97 09 - 16
E-Mail: info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Presseinformation
zur Herbsttagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.
am 9. und 10. November 2016 in Göttingen

Brexit – wie geht es weiter mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)?

Hier: **Die deutsche Landwirtschaft hat die Umweltziele der GAP-Reform von 2003 verfehlt: Ursachen und Problemlösungen aus wissenschaftlicher Sicht**

Vortragende: **Prof. Dr. Friedhelm Taube**, Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Christian-Albrechts-Universität

Mit der EU-Agrarreform von 2003 sind in der 1. Säule neben der Entkoppelung der Direktzahlungen die sog. **Cross-Compliance (CC-) Regeln** eingeführt worden. CC in der EU setzt sich zusammen aus den auf EU-Recht basierenden „Grundanforderungen an die Betriebsführung" für die Bereiche Umweltschutz, Tierschutz und Lebensmittelsicherheit und aus Standards für einen „guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand" unter Berücksichtigung u. a. der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie und der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie. Mit der Implementierung wurden vier zentrale Ziele verfolgt: (1) Ernährungssicherheit, (2) Umweltschutz, (3) Klimaschutz und (4) Entwicklung des ländlichen Raums. Nach zehn Jahren kann für die deutsche Landwirtschaft folgende Zwischenbilanz gezogen werden:
Wählt man als grobe Maßzahl für die **Ernährungssicherheit** die Entwicklung des **Selbstversorgungsgrades,** kann festgestellt werden, dass der Selbstversorgungsgrad in den Bereichen der tierischen Produktion bis auf die Eier durchweg deutlich über 100 % liegt und durchweg deutlich angestiegen ist (bis auf Rindfleisch). Assoziiert mit den hohen Zuwachsraten sind erhebliche Futtermittelimporte von Eiweißkonzentraten aus Übersee. Grundsätzlich macht dieser Import bei komparativen Kostenvorteilen des Anbaus in Übersee durchaus Sinn, allerdings sind mit dem Import des Futters auch erhebliche Stickstoffimporte von umgerechnet 26 kg/ha landwirtschaftliche Nutzfläche verbunden.
Zum Bereich **Umweltschutz** kann 10 Jahre nach der Agrarreform von 2003 schonungslos festgestellt werden, dass sämtliche Umweltziele die Landwirtschaft betreffend deutlich verfehlt werden und dass der relative Beitrag der Landwirtschaft zu Umweltproblemen in nahezu allen Bereichen eindeutig gestiegen ist. Wenn politisch eindeutig formulierte Ziele auch weit nach den formulierten Zielterminen nicht umgesetzt worden sind, obwohl sich die Problematik eher verstärkt als entspannt hat und obwohl die Problemlösungen seit 25 Jahren seitens der Wissenschaft ausformuliert sowie technisch und organisatorische umsetzbar sind, dann gibt es nicht wenige, die von Politikversagen sprechen. Und dieses Politikversagen verursacht erhebliche Kosten für die Allgemeinheit.

Die Zwischenbilanz zu den Umweltstandards in Deutschland zeigt, dass „die Landwirtschaft“ in Deutschland vor erheblichen Herausforderungen steht, um die lange Zeit verschleppten Anpassungsnotwendigkeiten an Umweltstandards so zeitnah umzusetzen, dass die politischen Konsequenzen nicht zu überzogenen Maßnahmen für die guten Landwirte führen. Die für die Landwirtschaft ökonomisch schädlichen Extremlösungen der vergangenen Jahre aus Dänemark sollten eine Lehre sein. Für das Gelingen der notwendigen Innovationen ist es auch notwendig, dass der Staat die Verlässlichkeit der Umsetzung der Regeln garantiert inklusive der Sanktionierung des Fehlverhaltens einzelner. Dies dient dem Schutz der guten Landwirte wie dem Schutz der Glaubwürdigkeit des Sektors in der Gesellschaft. Gute Landwirtschaft wird in Deutschland immer konkurrenzfähig sein, wenn sie sich den notwendigen Innovationen stellt.